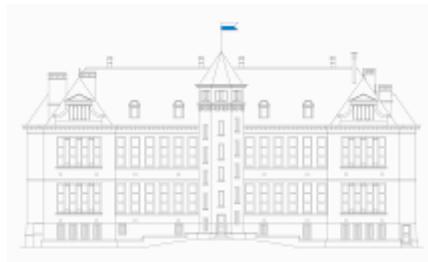


EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2013

Die Kommission hat am 23.10.2012 ihr Arbeitsprogramm für 2013 und die ersten Monate 2014 vorgestellt. Es besteht aus einer zusammenfassenden Mitteilung und drei Anhängen, in denen die geplanten Initiativen und die Vorschläge, die die Kommission zurückziehen will, aufgelistet sind. Das Arbeitsprogramm nennt 58 Initiativen, die die Kommission 2013/2014 ergreifen will, 18 Initiativen zur Vereinfachung und Verringerung des Verwaltungsaufwands und 14 bereits unterbreitete Vorschläge, die zurückgezogen werden sollen. Es ist nach folgenden inhaltlichen Schwerpunkten gegliedert: Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Binnenmarkt und Industriepolitik, Netzausbau für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigungswirksames Wachstum, mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Europas Ressourcen, ein sicheres und geschütztes Europa und Europa als globaler Akteur. Gebot der Stunde sei, die Wirtschaftskrise zu meistern und die EU wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückzuführen. Europa müsse im weltweiten Wettbewerb bestehen können und so umgebaut werden, dass es die Chancen der Zukunft nutzen kann. Dazu seien die Schaffung einer „echten Wirtschafts- und Währungsunion“ und „radikale wirtschaftliche Veränderungen“ nötig.

Pressemitteilung zum Arbeitsprogramm:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1131_de.htm

Die Mitteilung, die Anhänge sowie Informationsblätter („Roadmaps“) mit näheren Hinweisen zu einzelnen Initiativen finden sich unter:

http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_de.htm

EP-PLENUM AM 22./23. UND 25./26.10.2012: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Hervorzuheben ist die Debatte über die Ergebnisse des Europäischen Rats (ER) vom 18./19.10.2012. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten ausführliche Debatten und Entschlüsse zum EU-Haushalt für 2013, zur EU-Haushaltsordnung und über den Verhandlungsstand zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Von Befürwortern der Konzentration der Arbeit des



EP in Brüssel eingebrachte Änderungsanträge zur Entschließung zum EU-Haushalt 2013 ergaben zudem eine überraschend breite Unterstützung für einen einzigen Sitz des EP. Weitere wichtige Aussprachen betrafen einen mündlichen Bericht der Kommission über den Stand der Umsetzung der Donaustrategie und eine Anfrage zur Überarbeitung der geltenden Regelung zur Vorratsdatenspeicherung. Die wichtigsten legislativen Entscheidungen betrafen die Richtlinie und die Verordnung über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II/MiFIR). Zudem sprach sich das EP gegen die Berufung des Kandidaten für das Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB), den Gouverneur der Zentralbank Luxemburgs, *Yves Mersch*, aus. Der vom EP verliehene *Sacharow*-Preis für geistige Freiheit wird in diesem Jahr an die iranische Menschenrechtsanwältin *Nasrin Sotoudeh* und den iranischen Regisseur, Drehbuchautor und Produzent *Jafar Panahi* vergeben.

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

BEITRITTSVERHANDLUNGEN MIT ISLAND – DREI WEITERE KAPITEL ERÖFFNET

Bei der Beitrittskonferenz EU-Island am 24.10.2012 wurden drei weitere Verhandlungskapitel eröffnet. Sie betreffen die Bereiche Finanzdienstleistungen, Statistik und Zollunion. Im Rahmen der 2010 begonnenen Verhandlungen wurden damit inzwischen 21 der 35 Kapitel eröffnet; zehn Kapitel wurden bereits vorläufig geschlossen. Die zyprische Ratspräsidentschaft und die Kommission planen, bei der nächsten Beitrittskonferenz im Dezember bis zu sieben weitere Kapitel zu eröffnen.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2013: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMI:

Bzgl. der Themen aus dem Geschäftsbereich des StMI ist das Arbeitsprogramm sehr unambitioniert und enthält nur wenige konkrete Aussagen. Als zukünftige Herausforderungen werden der Schutz der EU-Bürger und die Erleichterung des freien Verkehrs der Bürger in Europa genannt. Dies soll durch einen möglichst schnellen und wirksamen Katastrophenschutzmechanismus und die effektive Bekämpfung von Kriminalität und Korruption, die wirkungsvolle Kontrolle der Außengrenzen, die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und der



Grundrechte sichergestellt werden. Ein besonderes Augenmerk will die Kommission Bereichen wie der Terrorismusfinanzierung und dem grenzübergreifenden Waffenhandel widmen und eine vertiefte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der zunehmenden grenzüberschreitenden Kriminalität voranbringen. In der Nachbarschaftspolitik sollen die Prioritäten für 2013 u. a. bei weitreichenden und umfassenden Mobilitätspartnerschaften und Visaerleichterungen liegen. Daneben enthält das Arbeitsprogramm mit einer Initiative zur elektronischen Beschaffung und der weitreichenden Modernisierung des Beihilfenrechts zwei Initiativen mit Relevanz für die Kommunen.

JI-RAT AM 25./26.10.2012: INNENPOLITIK

Von der Ratstagung der Justiz- und Innenminister am 25./26.10.2012 unter zyprischer Ratspräsidentschaft sind folgende Innenpolitische Ereignisse hervorzuheben:

- Diskussionen über Aufhebung der Visafreiheit für Westbalkanstaaten
- Aussprache zum Vorschlag der Kommission für einen EU-Katastrophenschutzmechanismus
- Rat nimmt Aufnahmerichtlinie an
- Ratsschlussfolgerungen zur EU-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels

Pressemitteilung des StMI zur Visafreiheit für Westbalkanstaaten:

<http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2012/363.php>

Pressemitteilung des BMI zur Visafreiheit für Westbalkanstaaten:

http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/10/asylzahl_n_september.html

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG ZUR ÄNDERUNG DER UVP-RIHTLINIE VOR

Die Kommission hat am 26.10.2012 einen Vorschlag zur Überarbeitung der sog. UVP-Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (zuletzt geändert durch die RL 2011/92/EU vom 13.12.2011) vorgelegt. Der Änderungsvorschlag sieht vor, die Vorschriften für die Umweltverträglichkeitsprüfung zu straffen, um den Verwaltungsaufwand und die Prüfung der potentiellen Auswirkungen größerer Projek-



te zu erleichtern, ohne jedoch die geltenden Umweltschutzmechanismen zu beeinträchtigen. Zudem soll neuen Herausforderungen wie Ressourceneffizienz, Klimawandel, Biodiversität und Katastrophenvorsorge Rechnung getragen werden. Rat und EP müssen dem Änderungsvorschlag nun zustimmen. Die Kommission erwartet, dass die neue Richtlinie im Frühjahr 2014 in Kraft treten wird.

JAHR 2013: EUROPÄISCHES JAHR DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Das EP-Plenum hat am 23.10.12 mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, in der das Jahr 2013 zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger“ erklärt wird, um das Bewusstsein für Rechte im Zusammenhang mit der Unionsbürgerschaft zu stärken. Der entsprechende Text enthält auch die Forderung nach einer Aufstockung des Budgets für die schon bestehende Informationskampagne, um die Bürgerinnen und Bürger in angemessener Form am europäischen Projekt zu beteiligen und den Dialog über EU-Themen zu fördern.

Entschließung des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20121023%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE>

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU E-BESCHAFFUNG

Die Kommission hat am 18.10.2012 ein Grünbuch zur sog. elektronischen Beschaffung vorgelegt und gleichzeitig eine Konsultation gestartet. Im Grünbuch werden Hindernisse ermittelt, die der rascheren Einführung der „e-Beschaffung“ im Wege stehen, und die Risiken benannt, die unterschiedliche nationale Konzepte für die grenzüberschreitende Beteiligung an Online-Vergabeverfahren darstellen. Es werden Möglichkeiten zur Überwindung dieser Schwierigkeiten aufgezeigt, darunter beispielsweise rechtliche Anreize, Normung und Interoperabilitätslösungen. Gleichzeitig stellt die Kommission ihre neue Datenbank e-CERTIS vor. Ein internetgestütztes Instrument, das es den Unternehmen und öffentlichen Auftraggebern erleichtert, die im Rahmen der Ausschreibung öffentlicher Arbeiten in der EU erforderlichen Unterlagen zusammenzustellen. Bei der gleichzeitig gestarteten Konsultation können sich interessierte Kreise dazu äußern, wie die EU die Mitgliedstaaten dabei unterstützen kann, den Beschaffungsprozess zu beschleunigen und zu erleichtern.



Die Teilnahme an der Konsultation ist online bis zum 14.01.2013 möglich.

Konsultationsformular:

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2010/e-procurement_en.htm

Website zu e-CERTIS:

http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/e-certis/index_en.htm

BINNENMARKTKOMMISSAR *BARNIER* STELLT AKTIONSPLAN ZUM ONLINE-GLÜCKSSPIEL VOR

Binnenmarktkommissar *Michel Barnier* hat am 23.10.2012 einen Aktionsplan zum Online-Glücksspiel vorgelegt. Ziel des Vorschlags ist die verstärkte Öffnung der nationalen Märkte für den Wettbewerb und vor allem die Vereinheitlichung der nationalen Gesetze. *Barnier* kündigte auch an, gegen Mitgliedstaaten vorzugehen, deren Gesetze nicht im Einklang mit Unionsrecht stehen. Eine eigene europäische Gesetzgebung wird von *Barnier* nicht angetrebt, allerdings sind Empfehlungen sowie Informationensuchen an die Mitgliedstaaten und die Einberufung einer Expertenrunde seitens der Kommission geplant.

Mitteilung der Kommission:

http://ec.europa.eu/internal_market/services/docs/gambling/comm_121023_oninegambling_en.pdf

DATENSCHUTZAUF SICHTSBEHÖRDEN GEHEN GEGEN GOOGLE VOR

Die Datenschutzaufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten haben in einem gemeinsamen Schreiben vom 16.10.2012 das US-Internetunternehmen Google für die am 01.03.2012 vorgenommene Änderung der Datenschutz- und Nutzungsbestimmungen gerügt. Die Datenschutzaufsichtsbehörden sind der Ansicht, dass das Unternehmen sich mit diesem Vorgehen selbst ermächtigt, riesige Mengen personenbezogener Daten zu speichern, ohne jedoch belegen zu können, dass diese Sammlung den Zwecken, zu denen sie vorgenommen wird, angemessen ist.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2013: SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DES STMJV

Das von der Kommission vorgestellte Arbeitsprogramm für das Jahr 2013 kündigt neben einzelnen Initiativen aus dem Verbraucherschutz und dem Zivil-



verfahrensrecht für den Geschäftsbereich des StMJV hauptsächlich Maßnahmen im Straf(verfahrens)recht an. Hervorzuheben sind hierbei folgende Initiativen:

- „Bankkontoinitiative“, zur Verbesserung der Transparenz und Vergleichbarkeit von Kontogebühren und der Vereinfachung des Wechsel des Bankkontos für den Verbraucher;
- Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen;
- Gesetzgeberischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche u. a. durch Schaffung eines einheitlichen Straftatbestandes;
- Richtlinie zum Thema „Besondere Garantien für schutzbedürftige Verdächtige oder Angeklagte in Strafverfahren“;
- Initiative zur Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union im zweiten Quartal 2013, voraussichtlich flankiert von Vorschlägen zur Reform von Eurojust und zum Schutz der finanziellen Interessen der EU.

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission:

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_de.pdf

Anhang:

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_annex_de.pdf

JI-RAT AM 25./26.10.2012 IN LUXEMBURG

Am 25./26.10.2012 fand in Luxemburg der zweite Justiz- und Innenrat unter zyprischer Ratspräsidentschaft statt. Bei den Justizthemen am 25.10.2012 lag der Schwerpunkt im strafrechtlichen Bereich. Hinsichtlich des Vorschlags für eine Richtlinie über die Sicherstellung und Einziehung von Erträgen aus Straftaten und des Vorschlags für eine Richtlinie über strafrechtliche Sanktionen für Insider-Geschäfte und Marktmanipulation (Marktmissbrauchsrichtlinie) wurde über den derzeitigen Beratungsstand informiert und es fand eine Orientierungsaussprache statt. Des Weiteren stellte die Kommission ihren Entwurf für einen Vorschlag für eine Richtlinie für die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichteten Betrug vor.



Pressemeldung:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/133241.pdf

EP: AUSSPRACHE ÜBER DIE ÜBERARBEITUNG DER RICHTLINIE ZUR VORRATSDATENSPEICHERUNG

Am 23.10.2012 wurde im EP kontrovers über die Überarbeitung der Richtlinie zur Vorratsspeicherung von Daten (Richtlinie 2006/24/EG) diskutiert. Einigkeit bestand unter den Anwesenden dahingehend, dass die Richtlinie einer Überarbeitung bedürfe. Auch EU-Kommissarin *Malmström* sah dies so und kündigte an, dass u. a. eine Harmonisierung und Verkürzung der Speicherfrist und u. a. eine Anpassung an die Datenschutz-Richtlinie geplant sei. Kommissarin *Malmström* stellte aber auch klar, dass man an der Vorratsdatenspeicherungsrichtlinie grundsätzlich festhalten werde. Es lägen Daten vor, die den Nutzen dieses Instruments belegten. Das sog. „Quick-freeze-Verfahren“ betrachtet sie als ein *aliud* gegenüber der Vorratsdatenspeicherung und wies darauf hin, dass dies von den Mitgliedstaaten mehrheitlich abgelehnt werde. Dennoch werde hierzu eine Studie durchgeführt, deren Ergebnis zusammen mit der Überarbeitung präsentiert werden würde. Wann hiermit zu rechnen ist, wurde von der Kommissarin *Malmström* nicht näher konkretisiert.

Pressemeldung:

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/content/20121019STO53997/html/Kommission-soll-Reform-der-Vorratsdatenspeicherung-nicht-verz%C3%B6gern>

Plenarsitzung vom 23.10.2012 (Videoaufzeichnung):

<http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/plenary/video?debate=1351018911944>

Richtlinie 2006/24/EG:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:105:0054:0063:DE:PDF>

VENEDIG-KOMMISSION: UNGARISCHE REGIERUNG IST BEI DEN JUSTIZREFORMEN AUF DEM RICHTIGEN WEG

Die ungarische Regierung war wegen umstrittener Justizreformen in die Kritik geraten. Die Europäische Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-



Kommission), eine Einrichtung des Europarates, hatte sich daraufhin mit der ungarischen Justizreform befasst und in einem umfassenden Bericht vom 19.03.2012 zwar das grundsätzliche Bedürfnis nach einer Reformierung anerkannt, aber die Reform in der dargebotenen Fassung als Ganzes als Bedrohung für die Unabhängigkeit der Justiz bezeichnet.

In ihrem neuesten Bericht erkennt die Venedig-Kommission die bislang vorgenommenen Korrekturen an und sieht die Justizreform nunmehr auf dem richtigen Weg. Ihre in dem Bericht vom März 2012 geäußerten Bedenken seien aber noch nicht völlig ausgeräumt.

Bericht der Venedig-Kommission vom 15.10.2012:

[http://www.venice.coe.int/docs/2012/CDL-AD\(2012\)020-e.pdf](http://www.venice.coe.int/docs/2012/CDL-AD(2012)020-e.pdf)

Bericht der Venedig-Kommission vom 19.03.2012:

[http://www.venice.coe.int/docs/2012/CDL-AD\(2012\)001-e.pdf](http://www.venice.coe.int/docs/2012/CDL-AD(2012)001-e.pdf)

EUGH: FLUGGÄSTEN STEHT EINE ENTSCHÄDIGUNG AUCH BEI ERHEBLICH VERSPÄTETEN FLÜGEN ZU

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat nach seinen letzten beiden Entscheidungen vom 04.10.2012 (EB 17/12) mit Urteil vom 23.10.2012 erneut die Rechte der Fluggäste gestärkt und seine bisherige Rechtsprechung bestätigt, wonach Fluggästen nicht nur im Falle einer Annullierung, sondern auch bei Flügen, die ihr Endziel mindestens drei Stunden später als ursprünglich geplant erreichen, ein Ausgleichsanspruch zusteht.

Bereits in seinem Urteil vom 19.10.2009 (*Sturgeon* u. a.) hatte der EuGH festgestellt, dass auch Fluggästen verspäteter Flüge ein solcher Ausgleichsanspruch zustehen kann. Diese Auslegung hat der Gerichtshof nunmehr bestätigt. Ergänzend hat der Gerichtshof festgestellt, dass das Urteil, anders als von den Luftfahrtunternehmen in dem Verfahren beantragt, ohne zeitliche Begrenzung gilt. Je nach den jeweils national geltenden Verjährungsfristen können Flug-reisende also auch noch rückwirkend ihre Ansprüche geltend machen.

Urteil vom 19.11.2009 (*Surgeon* u. a.):

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=73703&pageI ndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1010160>

Urteil vom 23.10.2012:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf;jsessionid=9ea7d2dc30db73bea8b35550463b9ad4996b31010256.e34KaxiLc3qMb40Rch0SaxuKbxb0?te>



[xt=&docid=128861&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1009681](http://ec.europa.eu/press_room/press_release.cfm?id=128861&pageIndex=0&doclang=de&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1009681)

EUGH STÄRKT VERBRAUCHERRECHTE BEI WERBESENDUNGEN MIT GEWINNVERSPRECHEN

Mit Urteil vom 18.10.2012 hat der EuGH entschieden, dass nach Nr. 31 zweiter Anstrich der Richtlinie 2005/29/EG über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt auch dann eine verbotene aggressive Praktik vorliegt, wenn der Gewerbetreibende bei dem Verbraucher den Eindruck vermittelt, dass er einen Preis gewonnen hat, der Verbraucher aber tatsächlich zur Geltendmachung des Gewinnes noch weitere Kosten aufwenden muss.

Urteil vom 18.10.2012:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=128652&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5241295>

INTERNATIONALES PORTAL FÜR PRODUKTRÜCKRUFEN ONLINE

In Brüssel wurde am 19.10.2012 im Rahmen der internationalen Woche der Produktsicherheit ein neues internationales Portal eingeweiht, mit dem sich Verbraucher, Unternehmen und Behörden mittels Mausklick weltweit einfach über Produktrückrufe informieren können.

Es wird geschätzt, dass die beteiligten Behörden nach entsprechender Prüfung jährlich 3.000 Mitteilungen in das Portal einstellen werden. Ein regelmäßiges Update gewährleistet die Aktualität der Informationen. Suchfunktionen und mehrsprachige Informationen sollen die Handhabung für die Nutzer erleichtern.

Informationen zum Portal:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-791_en.htm

Link zum Portal:

<http://globalrecalls.oecd.org/>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2013: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMF

Die Kommission hat am 23.10.2012 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2013 vorgelegt. Noch vor Ende 2012 wird die Kommission Vorschläge zur Schaffung



einer engen und echten Wirtschafts- und Währungsunion vorlegen. Die Kommission wird zusätzliche Rechtsakte vorschlagen, um die Stabilität, die Transparenz und den Verbraucherschutz im Finanzsektor weiter zu erhöhen. Hinzu kommen ein Legislativvorschlag zum Schattenbankenwesen und die Überprüfung des Europäischen Systems der Finanzaufsicht mit drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden und einem Ausschuss für Systemrisiken. Im steuerpolitischen Bereich wird die Kommission u. a. einen Legislativvorschlag zur Einführung einer standardisierten Mehrwertsteuererklärung in allen EU-Amtssprachen sowie zur Überarbeitung der ermäßigten Mehrwertsteuersätze vorlegen.

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_de.pdf

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_annex_de.pdf

KOMMISSIONSVORSCHLAG FÜR EINEN RATSBECHLUS ZUR EINLEITUNG EINER VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT

Die Kommission hat am 23.10.2012 einen Vorschlag für einen Ratsbeschluss zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit angenommen. Dabei handelt es sich aber noch nicht um den Legislativvorschlag für eine Finanztransaktionssteuer, sondern nur um einen Vorschlag zur Ermächtigung von zehn Mitgliedstaaten zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit. Zuvor hatten Deutschland, Frankreich, Belgien, Griechenland, Spanien, Italien, Österreich, Portugal, Slowenien und die Slowakei Anträge auf Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit gestellt. Das Quorum von mindestens neun Mitgliedstaaten für die Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit war daher erfüllt. Im ECOFIN-Rat am 09.10.2012 hatte auch Estland angekündigt, einen Antrag zu stellen. Die von der Kommission vorgeschlagene Ermächtigung zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit wird voraussichtlich auf der kommenden Sitzung des ECOFIN-Rates am 13.11.2012 behandelt werden.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/com_2012_631_en.pdf

ENTSCHLIESSUNGEN DES EP ZUM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 BIS 2020

Das EP hat am 23.10.2012 eine EntschlieÙung zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 bis 2020 angenommen. Der Vorschlag der Kommission zum MFR 2014 bis 2020 reiche nicht aus, um die bestehenden politi-



schen Prioritäten im Rahmen der Strategie Europa 2020 zu finanzieren. Vor allem die Mittel für Programme in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, KMU und nachhaltige Infrastrukturen müssen aus Sicht des EP beträchtlich erhöht werden. Die Mittel für die Kohäsionspolitik sollen mindestens in der Höhe, wie sie im Zeitraum 2007 bis 2013 zur Verfügung standen, aufrechterhalten bleiben. Die Agrarmittel sollen mindestens auf dem Niveau des Jahres 2013 liegen. Das EP warnt daher den Rat davor, den von der Kommission vorgeschlagenen Umfang der EU-Ausgaben linear und bereichsübergreifend zu kürzen.

Entschließung des EP zum Finanzrahmen 2014 bis 2020:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0360+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Entschließung des EP zu innovativen Finanzinstrumenten:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20121026%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE>

NEUE VERHANDLUNGSBOX DER ZYPRISCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT ZUM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 BIS 2020

Die zyprische Ratspräsidentschaft hat am 29.10.2012 eine aktualisierte Verhandlungsbox vorgelegt, die erstmals auch konkrete Zahlen zu den einzelnen Rubriken enthält. Die Ratspräsidentschaft schlägt in der neuen Verhandlungsbox Kürzungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag in Höhe von mindestens 50 Mrd. € über alle Rubriken hinweg vor. Der ER wird seine Position zum MFR im Rahmen eines Sondergipfels am 22./23.11.2012 festlegen. Auf dieser Grundlage werden anschließend die Verhandlungen zwischen Rat und EP geführt. Über die Verordnung zur Festlegung des MFR entscheidet der Rat einstimmig nach Zustimmung des EP.

<http://www.consilium.europa.eu/media/1775173/st15599en12.pdf>

EU-HAUSHALT 2013 – SACHSTAND

Am 24.10.2012 hat aufgrund der unterschiedlichen Positionen von Rat und EP das 21-tägige Vermittlungsverfahren zum EU-Haushalt 2013 begonnen. Aus Sicht des Rates sollen die Zahlungsermächtigungen dagegen lediglich um 2,79 % auf 132,7 Mrd. € (0,99 % des BNE) steigen, die Verpflichtungsermächtigungen um 1,27 % auf 149,78 Mrd. € (1,12 % des BNE). Das EP hat sich in seiner Entschließung vom 23.10.2012 demgegenüber für einen Anstieg bei



den Zahlungsermächtigungen um rund 6.8 % auf 137,9 Mrd. € ausgesprochen. Die Verpflichtungsermächtigungen sollen aus Sicht des EP um 2,2 % auf rund 151,2 Mrd. € steigen. Das EP liegt also im Wesentlichen auf der Linie der Kommission, während der Rat deutliche Kürzungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag fordert.

Pressemitteilung des Rates zur Einleitung des Vermittlungsverfahrens:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/133146.pdf

Entschließung des EP zum EU-Haushalt 2013 vom 23.10.2012:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0359+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSIONSVORSCHLAG FÜR EINEN BERICHTIGUNGSHAUSHALT ZUM EU-HAUSHALT 2012

Die Kommission hat am 23.10.2012 einen Vorschlag für einen Berichtigungshaushalt zum EU-Haushalt 2012 angenommen. Die Kommission hält zusätzliche 9 Mrd. € für notwendig, damit die bestehenden Verpflichtungen im Jahr 2012 vollständig bedient werden können. Davon entfallen zusätzliche 90 Mio. € auf das Erasmus-Programm und zusätzliche 423 Mio. € auf Forschungsprogramme. Für die Kohäsionspolitik (Rubrik 1a) fordert die Kommission zusätzliche 7,17 Mrd. € und für die Entwicklung des ländlichen Raums und die Agrarpolitik (Rubrik 2) zusätzliche 1,12 Mrd. € an.

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/2012/DAB/DAB_6_COM_2012_632_final_en.pdf

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/2012/DAB/DAB_6_COM_2012_632_final_annex_en.pdf

RAT UND EP VERABSCHIEDEN NEUE EU-HAUSHALTSORDNUNG

Der Rat hat am 25.10.2012 die neue EU-Haushaltsordnung formal verabschiedet. Am 23.10.2012 waren die Änderungen an der EU-Haushaltsordnung bereits vom EP angenommen worden. Die neuen Regelungen können daher zum 01.01.2013 in Kraft treten. Auf die Reform hatten sich Ende Juni Rat und EP nach monatelangen Trilogverhandlungen verständigt. Kernziele der Reform sind die Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren zur Auszahlung von EU-Mitteln, Bürokratieabbau, mehr Transparenz, die Erhöhung der Hebelwirkung der begrenzten EU-Mittel und eine erhöhte Rechenschaftspflicht der mit



der Verwaltung von EU-Mitteln betrauten Stellen.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/133195.pdf

Pressemitteilung des EP:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/133195.pdf

Angenommene Texte des EP:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0362+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR ÜBERARBEITUNG DER RICHTLINIE ÜBER MÄRKTE FÜR FINANZINSTRUMENTE (MIFID II/MIFIR)

Das EP hat am 26.10.2012 mit deutlicher Mehrheit Änderungsanträge zu den Kommissionsvorschlägen für eine Verordnung und eine Richtlinie zur Überarbeitung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II/MiFIR) angenommen. Wesentliche Elemente des Legislativpakets sind die Regulierung des Hochfrequenzhandels, die Eindämmung der Spekulation mit Rohstoffen sowie die Verschärfung der Anlegerschutzregelungen. Zuständiger Berichterstatter im EP ist MdEP *Ferber*. Im Rat laufen die Verhandlungen über die Überarbeitung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente noch. Eine allgemeine Ausrichtung plant der Rat für November. Im Anschluss können die Trilogverhandlungen zwischen Rat und EP beginnen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121024IPR54367/html/Versch%C3%A4rfte-Regeln-zum-Schutz-von-Investoren-Bremse-f%C3%BCr-Hochfrequenzhandel>

EP VOTIERT GEGEN DIE BERUFUNG DES LUXEMBURGERS YVES MERSCH IN DAS DIREKTORIUM DER EZB

Das EP hat sich am 25.10.2012 mit knapper Mehrheit gegen die Berufung des luxemburgischen Notenbankpräsidenten *Yves Mersch* in das Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB) ausgesprochen. Der ECOFIN-Rat hatte die Ernennung von *Yves Mersch* am 10.07.2012 empfohlen. Die formale Entscheidung trifft der ER nach Anhörung des EP und des EZB-Rates. Das EP kann die Ernennung von *Yves Mersch* also letztlich nicht verhindern. Begründet wurde die Ablehnung von *Yves Mersch* nicht etwa mit Bedenken gegen



dessen fachliche Qualifikation, sondern damit, dass der Rat keine weibliche Kandidatin für den Posten in Betracht gezogen habe.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0396+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ABSCHLUSS DER SIEBTEN TROIKA-MISSION IN IRLAND

Die Troika, bestehend aus Vertretern des IWF, der EZB und der Kommission, hat vom 16. - 25.10.2012 die achte vierteljährliche Überprüfung der Umsetzung des irischen Konsolidierungs- und Reformprogramms abgeschlossen. Die Troika kam zu dem Ergebnis, dass Irland mit der Programmumsetzung trotz der schwierigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen auf Kurs ist. Irland wird seine Haushaltsziele für 2012 und 2013 voraussichtlich erreichen können. Sehr positiv wird von der Troika bewertet, dass sich das Marktumfeld für die Ausgabe irischer Staatsanleihen inzwischen deutlich verbessert habe. Das positive Votum der Troika schafft die Grundlage für die Auszahlung der nächsten Darlehenstranche. Über den EFSM und die EFSF sollen 0,8 Mrd. € ausgezahlt werden. Hinzu kommen 0,5 Mrd. € an bilateralen Darlehen von Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums sowie 0,9 Mrd. € vom IWF.

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-808_en.htm

EUROSTAT GIBT DATEN ZU DEFIZIT UND VERSCHULDUNG IM JAHR 2011 BEKANNT

Eurostat hat am 22.10.2012 neue Zahlen zu den öffentlichen Defiziten und zum Schuldenstand im Euroraum sowie in der EU bekannt gegeben. Im Euroraum sind die Schuldenstände von 85,4 % im Jahr 2010 auf 87,3 % im Jahr 2011 angestiegen, in der EU-27 von 80,0 % auf 82,5 %. Die höchsten Defizite hatten Irland (- 13,4 %), Griechenland und Spanien (je - 9,4 %) sowie das Vereinigte Königreich (- 7,8 %). Vierzehn Mitgliedstaaten wiesen im Jahr 2011 eine Verschuldungsquote über der im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Grenze von 60 % des BIP auf: Griechenland (170,6 %), Italien (120,7 %), Portugal (108,1 %), Irland (106,4%), Belgien (97,8 %), Frankreich (86,0 %), das Vereinigte Königreich (85,0 %), Ungarn (81,4 %), Deutschland (80,5 %), Österreich (72,4 %), Zypern (71,1 %), Malta (70,9 %), Spanien (69,3 %) und die Niederlande (65,5 %).

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-12-149_de.htm



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2013: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMWIVT

Die Kommission hat am 23.10.2012 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2013 vorgestellt. Mit 58 angekündigten Initiativen ist es erheblich schlanker als das Vorjahresprogramm, was mit dem Auslaufen des Mandats der aktuellen Kommission *Barroso II* Mitte 2014 zu erklären ist. Der Schwerpunkt der Aktivitäten der EU wird im kommenden Jahr also eher im Abschluss laufender Gesetzgebungsverfahren und in der Umsetzung beschlossener Maßnahmen liegen, etwa im Zusammenhang mit dem neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 bis 2020. Schwerpunkte der neuen Arbeitsvorhaben im Geschäftsbereich des StMWIVT sind weitere Elemente der Finanzmarktregulierung und die Überarbeitung des EU-Beihilfenrechts. Dazu kommen regelmäßige und übergreifende Vorhaben wie das Europäische Semester 2013 und der Jahreswachstumsbericht für 2014.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1131_de.htm

VERKEHRSRAT AM 29.10.2012: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Am 29.10.2012 tagte der Verkehrsrat und befasste sich unter anderem mit drei politisch brisanten Dossiers: Er erzielte, allerdings nicht einstimmig, eine allgemeine Ausrichtung zur Slot-Verordnung, einem Teil des Flughafen-Pakets, weiterhin gelang eine politische Einigung zur Tachographenverordnung, und schließlich kam es zu einer ersten Aussprache zur vorgeschlagenen Verordnung zur technischen Überwachung von Kraftfahrzeugen. Auf Grundlage einer zuvor mit dem EP gefundenen Einigung hat der Rat auch der Überarbeitung des Ersten Eisenbahnpakets endgültig zugestimmt, allerdings gegen die Stimmen dreier Mitgliedstaaten, darunter Deutschland.

Zusammenfassende Pressemitteilung zum Verkehrsrat (auf Englisch):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/trans/133256.pdf



NEUE VERHANDLUNGSBOX DER ZYPRISCHEN RATSPRÄSIDENTSCHAFT ZUM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 BIS 2020

Die zyprische Ratspräsidentschaft hat am 29.10.2012 eine aktualisierte Verhandlungsbox vorgelegt, die erstmals auch konkrete Zahlen zu den einzelnen Rubriken enthält. Die Ratspräsidentschaft schlägt in der neuen Verhandlungsbox Kürzungen gegenüber dem Kommissionsvorschlag in Höhe von mindestens 50 Mrd. € über alle Rubriken hinweg vor. Der ER wird seine Position zum MFR im Rahmen eines Sondergipfels am 22./23.11.2012 festlegen. Auf dieser Grundlage werden anschließend die Verhandlungen zwischen Rat und EP geführt. Über die Verordnung zur Festlegung des MFR entscheidet der Rat einstimmig nach Zustimmung des EP (s. dazu auch den Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://www.consilium.europa.eu/media/1775173/st15599en12.pdf>

NEUE EU-HAUSHALTSORDNUNG VERABSCHIEDET UND ANWENDUNGSBESTIMMUNGEN ANGENOMMEN

Der Rat hat am 25.10.2012 die neue EU-Haushaltsordnung formal verabschiedet. Am 23.10.2012 waren die Änderungen an der EU-Haushaltsordnung bereits vom EP angenommen worden. Die neuen Regelungen können daher zum 01.01.2013 in Kraft treten. Auf die Reform hatten sich Ende Juni Rat und EP nach monatelangen Trilogverhandlungen verständigt. Kernziele der Reform sind die Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren zur Auszahlung von EU-Mitteln, Bürokratieabbau, mehr Transparenz, die Erhöhung der Hebelwirkung der begrenzten EU-Mittel und eine erhöhte Rechenschaftspflicht der mit der Verwaltung von EU-Mitteln betrauten Stellen.

Pressemitteilung des Rates (auf Englisch):

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/133195.pdf

Pressemitteilung der Kommission zur Vorlage der Anwendungsbestimmungen:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1133_de.htm?locale=en

Die Anwendungsbestimmungen selbst finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/regulations/c_2012_7507_de.pdf



EP POSITIONIERT SICH ZUR ÜBERARBEITUNG DER RICHTLINIE ÜBER MÄRKTE FÜR FINANZINSTRUMENTE (MIFID II/MIFIR)

Das EP hat am 26.10.2012 mit deutlicher Mehrheit Änderungsanträge zu den Kommissionsvorschlägen für eine Verordnung und eine Richtlinie zur Überarbeitung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II/MiFIR) angenommen. Ein Hauptziel des MiFID II/MiFIR-Pakets ist die Eindämmung exzessiver Spekulationen an den Finanzmärkten. Ein wesentliches Element dafür ist die Regulierung des Hochfrequenzhandels. Zur Entschleunigung des Hochfrequenzhandels fordert das EP, dass Transaktionen mindestens 0,5 Sekunden lang gültig sein müssen und während dieses Zeitraums nicht storniert oder geändert werden dürfen (sog. Mindesthaltefrist). Auch die Spekulation mit Rohstoffen soll eingedämmt werden. Zuständiger Berichterstatter im EP ist MdEP *Ferber* (s. auch den Beitrag des StMF in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121024IPR54367/html/Versch%C3%A4rfte-Regeln-zum-Schutz-von-Investoren-Bremse-f%C3%BCr-Hochfrequenzhandel>

KOMMISSIONSVORSCHLAG FÜR EINEN RATS BESCHLUSS ZUR EINLEITUNG EINER VERSTÄRKTEN ZUSAMMENARBEIT BEI DER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Die Kommission hat am 23.10.2012 einen Vorschlag für einen Ratsbeschluss zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit angenommen. Dabei handelt es sich aber noch nicht um den Legislativvorschlag für eine Finanztransaktionssteuer, sondern nur um einen Vorschlag zur Ermächtigung von zehn Mitgliedstaaten zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit. Am 28.09.2012 hatten Deutschland und Frankreich formell die Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit auf der Grundlage des Kommissionsvorschlags zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer beantragt. Bis zur Veröffentlichung des Kommissionsvorschlags haben auch Belgien, Griechenland, Spanien, Italien, Österreich, Portugal, Slowenien und die Slowakei entsprechende Anträge gestellt. Insgesamt lagen daher zehn Anträge vor, so dass das Quorum von mindestens neun Mitgliedstaaten für die Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit erfüllt ist (s. dazu den Beitrag des StMF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/com_2012_631_en.pdf



EP NUN DOCH FÜR FREIHANDELSABKOMMEN MIT JAPAN

Das EP hat sich am 25.10.2012 mit einer nicht-bindenden Entschließung für die baldige Aufnahme von Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen (FTA) mit Japan durch die Kommission ausgesprochen. Allerdings müsse eine verbindliche Überprüfungsklausel bei der Mandatserteilung durch den Rat dafür sorgen, dass die Kommission die Fortschritte Japans nach einem Jahr gründlich prüfen und bei nicht zufriedenstellendem Ergebnis unterbrechen müsse. Im Juni noch hatte das EP den Rat um Aufschub bezüglich einer entsprechenden Mandatserteilung aufgrund der genannten Bedenken gebeten (EB 12/12).
<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121024IPR54372/html/EU-Japan-Abgeordnete-fordern-Start-von-Handelsgespr%C3%A4chen-wegen-Exportchancen>

EP SPRICHT SICH FÜR FREIHANDELSABKOMMEN MIT DEN USA AUS

Das EP hat sich am 23.10.2012 in einem Initiativbericht mit großer Mehrheit (526/94/7) für eine Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandels- und Investitionsabkommen mit den USA ausgesprochen. Die bislang verbleibenden Handelszölle und vor allem die nicht-tarifären Handelsbarrieren (NTB) müssten rasch abgebaut werden, um das bislang ungenutzte Wachstumspotenzial für Wirtschaft und Beschäftigung auf beiden Seiten des Atlantiks freizusetzen. Allerdings müsse auf einen angemessenen Schutz der EU-Interessen bei Agrarprodukten und geographischen Angaben geachtet werden. Weitere Anliegen des EP sind die Regelungen für gentechnisch veränderte Organismen (GVO), der Tierschutz, Umwelt- und Gesundheitsschutz, Lebensmittelsicherheit, Arbeits- und Verbraucherrechte sowie die Lockerung der Beschränkungen ausländischer Beteiligungen an US-Fluggesellschaften.
<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121019IPR54034/html/Freihandel-mit-den-USA-aber-nicht-um-jeden-Preis-sagen-die-Abgeordneten>

KOMMISSION LEHNT ANTRAG FRANKREICHS AUF ÜBERPRÜFUNG KOREANISCHER AUTOIMPORTE NACH SCHUTZKLAUSEL IM FREIHANDELSABKOMMEN AB

Die Kommission hat den Antrag Frankreichs auf Importkontrollen für Autos aus Südkorea (v. a. von Hyundai und Kia) am 23.10.2012 abgelehnt. Die mündlich seitens der Kommission bestätigte und von der französischen Regierung be-



dauerte Ablehnung bezieht sich auf die von Frankreich in Anspruch genommene Schutzklausel des Freihandelsabkommens der EU mit Südkorea aus dem Jahr 2011. Diese verpflichtet die Kommission, Untersuchungen auf Antrag einer Industriebranche einzuleiten, wenn diese sich aufgrund der abzuschaffenden Importzölle auf südkoreanische Produkte bedroht sieht (EB 02/11 und 04/11).

Pressemitteilung der französischen Regierung zur Ablehnung des Antrags (auf FR):

<http://proxy-pubminefi.diffusion.finances.gouv.fr/pub/document/18/13409.pdf>

EP FORDERT MEHR UND KLARER DEFINIERTE FAHRGASTRECHTE ÜBER ALLE VERKEHRSTRÄGER HINWEG

Das EP hat in einem Initiativbericht eine Verbesserung der Passagierrechte über die Verkehrsträger hinweg angemahnt. Der Bericht antwortet auf eine entsprechende Kommissionsmitteilung vom 19.12.2011 und steht im Vorfeld eines in Kürze erwarteten Legislativvorschlags der Kommission. Kernforderungen des EP sind einheitliche und mehrsprachige Beschwerdeformulare, ein Anspruch auf rasche Information und Zugang zu einem entscheidungsberechtigten Vertreter eines Transportunternehmens (per „Help Desk“ vor Ort und per Telefon), die bessere Verzahnung verschiedener Verkehrsträger und eine strengere Überwachung unlauterer Preispolitiken (z. B. Mehrkosten im letzten Buchungsschritt).

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121019IPR54024/html/Fahrgastrechte-Abgeordnete-wollen-Schlupf%C3%B6cher-schlie%C3%9Fen>

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZU WETTBEWERBSFÄHIGKEIT UND GESCHÄFTSMÖGLICHKEITEN VON KMU

Das EP-Plenum hat am 23.10.2012 den Initiativbericht „KMU: Wettbewerbsfähigkeit und Geschäftschancen“ angenommen, mit dem es für eine stärkere Unterstützung für KMU durch die Kommission und die Mitgliedstaaten wirbt. Vor allem in den drei Bereichen Internationalisierung, Verwaltungsaufwand und Wettbewerbsfähigkeit sieht es Handlungsbedarf und spricht sich sowohl für eine interessengerechtere Berücksichtigung von KMU-Belangen als auch für eine Vielzahl konkreter Maßnahmen aus. Die Entschliessung stellt u. a. eine Reaktion des EP auf die Mitteilung der Kommission vom 09.11.2012 „Kleine



Unternehmen – große Welt“ (EB 18/11) dar.

Der angenommene Bericht findet sich unter:

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//TEXT+REPORT+A7-2012-0293+0+DOC+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2012-0293+0+DOC+XML+V0//DE)

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZU DEN HAUPTSORGEN VON EU-BÜRGERN UND UNTERNEHMEN ZUR FUNKTIONSWEISE DES BINNENMARKTS

Am 25.10.2012 hat das EP-Plenum eine EntschlieÙung zu den „Hauptsorgen von EU-Bürgern und Unternehmen zur Funktionsweise des Binnenmarkts“ verabschiedet. Das EP geht davon aus, dass noch immer zu viele Hemmnisse auf dem Weg zu einem funktionierenden Binnenmarkt bestehen, die EU-Bürger und Unternehmen darin hindern, uneingeschränkt ihr Recht auf Freizügigkeit wahrzunehmen. So sei etwa die Zulassung eines PKW, die Eröffnung eines Kontos oder die Anerkennung von Berufsqualifikationen im EU-Ausland sehr kompliziert und zeitaufwändig. Das EP fordert die Kommission auf, konkrete Maßnahmen und realisierbare Vorschläge vorzulegen, um den Kritikpunkten der Bürger zu begegnen.

Pressemitteilung des EP:

[http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121024IPR5436
8/html/Parlament-fordert-Beseitigung-von-Hindernissen-f%C3%BCr-den-
Binnenmarkt](http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121024IPR54368/html/Parlament-fordert-Beseitigung-von-Hindernissen-f%C3%BCr-den-Binnenmarkt)

Bericht der Kommission „Der Binnenmarkt in den Augen der Bevölkerung: Eine Momentaufnahme der 20 wichtigsten Kritikpunkte von Bürgern und Unternehmen“ vom September 2011:

[http://ec.europa.eu/internal_market/strategy/docs/20concerns/publication_de.p
df](http://ec.europa.eu/internal_market/strategy/docs/20concerns/publication_de.pdf)

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU E-BESCHAFFUNG

Die Kommission hat am 18.10.2012 ein Grünbuch zur sog. elektronischen Beschaffung vorgelegt und gleichzeitig eine Konsultation hierzu gestartet. Der Begriff „e-Beschaffung“ bezeichnet die Nutzung elektronischer Hilfsmittel durch Behörden und andere Organisationen des öffentlichen Sektors bei der Kommunikation und der Geschäftsabwicklung im Rahmen der Beschaffung von Waren und Dienstleistungen oder der Ausschreibung öffentlicher Arbeiten. Interessierte Kreise können sich online bis zum 14.01.2013 dazu äußern, wie die EU die Mitgliedstaaten dabei unterstützen kann, den Beschaffungsprozess



zu beschleunigen und zu erleichtern (s. dazu Beitrag des StMI in diesem EB).

Zum Konsultationsformular gelangen Sie über:

http://ec.europa.eu/internal_market/consultations/2012/einvoicing_de.htm

EP FORDERT RASCHE UMSETZUNG DES EINHEITLICHEN EUROPÄISCHEN LUFTRAUMS

Das EP hat am 23.10.2012 eine nicht-legislative EntschlieÙung zur schnelleren Umsetzung der im Jahr 2000 beschlossenen Initiative der Mitgliedstaaten für einen einheitlichen Europäischen Luftraum (Single European Sky – SES) angenommen. Es fordert darin die Mitgliedstaaten auf, ihren Verpflichtungen zur Einführung funktionaler Luftraumblöcke rasch nachzukommen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121019IPR54031/html/Abgeordnete-fordern-schnelle-Einf%C3%BChrung-des-einheitlichen-europ%C3%A4ischen-Luftraums>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2013: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMELF

Die Kommission stellt in ihrem Arbeitsprogramm für 2013 fest, dass Europa seine Möglichkeiten im Bereich Ressourceneffizienz noch nicht voll ausschöpft. Es fehle ein langfristiger Rahmen für die nachhaltige Nutzung wichtiger Ressourcen wie Luft, Boden, Energie, Wasser, Fisch und Biomasse, der Ansporn für Innovationen zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft in den Sektoren Verkehr, Energie und Landwirtschaft sein könne. Deshalb will die Kommission einen umfassenden Rahmen für eine kohlenstoffarme Wirtschaft bis 2030 vorschlagen und eine neue Strategie zur Anpassung an den Klimawandel vorlegen, auch um Europa krisenfester zu machen. Die Erneuerung der Agrar- und Fischereipolitik sowie der Programme zur regionalen und ländlichen Entwicklung schaffe zudem die besten Voraussetzungen für mehr Innovation und Beschäftigung unter besonderer Beachtung der Nachhaltigkeit (s. hierzu Beitrag aus dem Bereich „Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament“ in diesem EB).

Arbeitsprogramm der Kommission und weitere Dokumente:

http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_de.htm



ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 22./23.10.2012 IN LUXEMBURG

Der Rat für Landwirtschaft und Fischerei tagte am 22./23.10.2012 in Luxemburg. Die Minister diskutierten verschiedene Aspekte der GAP-Reform, darunter den von der Kommission vorgeschlagenen Weg zu national oder regional einheitlichen flächenbasierten Direktzahlungen (interne Konvergenz zum Erreichen einer einheitlichen Flächenprämie) bis zum Jahr 2019. Die grundsätzliche Abkehr vom Modell der historischen Referenz (Direktzahlungshöhe eines Betriebes abhängig von historischen Zahlungsansprüchen) fand dabei breite Zustimmung. Die Methode und die Geschwindigkeit zum Erreichen einheitlicher Flächenprämien wurden jedoch kontrovers diskutiert. Einig waren sich die Mitgliedstaaten auch darüber, dass Erzeugerorganisationen und Branchenverbände im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation gestärkt werden sollen. Unterschiedliche Ansichten gab es jedoch darüber, ob deren Anerkennung für die Mitgliedstaaten in weiteren Sektoren verpflichtend sein und inwieweit Ausnahmen vom Wettbewerbsrecht möglich sein sollen. Als Reaktion auf den neuen Kommissionsvorschlag zur Transparenz von Agrarbeihilfen (EB 17/12) forderten einige Mitgliedstaaten eine juristische Überprüfung und kritisierten die Offenlegung persönlicher Daten. Andere unterstützten die Vorschläge oder forderten, darüber hinausgehend, dieselbe Transparenz auch für Kleinbetriebe. Außerdem waren sich die Minister einig, dass der hohe Altersdurchschnitt der Landwirte in weiten Teilen Europas ein Problem sei. Die meisten Mitgliedstaaten wollen aber, im Gegensatz zur Kommission, nur eine für die Mitgliedstaaten fakultative Junglandwirteförderung im Rahmen der Direktzahlungen. Der zyprische Ratspräsident *Sofoclis Alettaris* bestätigte, dass eine teilweise allgemeine Ausrichtung („partial general approach“) zur GAP-Reform bis Ende des Jahres vorgelegt werden soll. Der nächste Agrarrat wird am 28. - 29.11.2012 in Brüssel stattfinden.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/133133.pdf

EP-ENTSCHLIESSUNG: GAP-MITTEL IM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 - 2020 AUF NIVEAU VON 2013 HALTEN

Am 23.10.2012 nahm das EP-Plenum mit großer Mehrheit die Entschließung zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 an. Die Abgeordneten sprechen sich darin für die Beibehaltung der jährlichen GAP-Mittel mindestens



in Höhe der GAP-Mittel von 2013 aus. Zudem sollten die Mittel für die 1. und 2. Säule zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten fair verteilt werden. Insbesondere die Rolle der ländlichen Entwicklung solle gestärkt werden, um Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten zu schaffen und die Biodiversität zu schützen. Berichterstatter für den EP-Haushaltsausschuss waren *Reimer Böge* (EVP/CDU) und *Ivailo Kalfin* (S&D/BGR) (s. hierzu auch Beitrag des StMF in diesem EB).

EP-Entschließung:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0360+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSION STELLT EVALUIERUNG ZUM EU-SCHULOBSTPROGRAMM VOR

Am 22.10.2012 präsentierte die Kommission eine 148-seitige Studie zur Evaluierung des EU-Schulfruchtprogramms, die im Auftrag der Kommission von zwei Consultingfirmen durchgeführt wurde. Für die Abgabe von Obst und Gemüse an Schulkinder im Rahmen eines Schulobstprogramms stellt die EU jährlich 90 Mio. € zur Verfügung, die durch nationale oder private Gelder kofinanziert werden müssen. Die Studie analysiert die Umsetzung und Wirkung des Programms in den ersten beiden Jahren seit der Einführung (Schuljahre 2009/2010 & 2010/2011) und gibt auf Basis dieser Analyse konkrete Empfehlungen für die Zukunft. Danach sieht die Mehrheit der teilnehmenden Mitgliedstaaten/Regionen einen positiven Kurzeffekt auf den Obst- und Gemüsekonsum der Schulkinder. Allerdings sei es schwierig, den Erfolg zu quantifizieren. Die Langzeitwirkung könne ohnehin erst bewertet werden, wenn das Programm über einen längeren Zeitraum durchgeführt wurde. Die drei wichtigsten Faktoren für den Erfolg des Schulobstprogramms seien (1) die Angebotsvielfalt, (2) die Verteilungshäufigkeit und (3) die Höhe der EU-Unterstützung.

Vollständige Studie:

http://ec.europa.eu/agriculture/evaluation/market-and-income-reports/2012/school-fruit-scheme/fulltext_en.pdf

Weitere Informationen zur Studie:

http://ec.europa.eu/agriculture/evaluation/market-and-income-reports/school-fruit-scheme-2012_en.htm

Homepage des Schulförderprogramms:

http://ec.europa.eu/agriculture/sfs/index_de.htm



EP WILL SPEKULATION MIT NAHRUNGSMITTELN AN WARENTERMINMÄRKTEN EINDÄMMEN

In der Plenarabstimmung am 26.10.2012 über die Finanzmarktrichtlinie MIFID II sprach sich das EP mit deutlicher Mehrheit für klare Maßnahmen gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln aus. Spekulationen auf Nahrungsmittel und Rohstoffgeschäfte finden vor allem an Terminbörsen statt. Der im EP verabschiedete Kompromiss sieht einerseits eine strikte Obergrenze für die Anzahl von Kontrakten oder Positionen vor, die maximal gehalten werden dürfen. Damit sollen Spekulationen auf Lebensmittelpreise verhindert werden. Zum anderen sollen diese Limits aber nicht für Positionen gelten, die dazu dienen, das mit der Geschäftstätigkeit verbundene Risiko zu verringern. Sie sollen ebenso nicht gelten, wenn ein reales Interesse an der Ware besteht, ein Marktteilnehmer also seinen Bedarf nachweisen kann. Für diesen Fall sollen flexiblere Positionschecks gelten. Der Berichterstatter des EP, *Markus Ferber* (EVP/CSU), erklärte dazu: „Wir wollen den spekulativen Anteil an den Warenterminmärkten reduzieren, ohne den Markt an sich zu stören“. Terminkontrakte könnten einen Nutzen für die Planungssicherheit von Unternehmen haben, bürden aber auch Gefahren. Rein spekulative Geschäfte mit Rohstoffen und Lebensmitteln würden über Positionslimits beschränkt, so *Ferber*.

Angenommener Text unter (Seite 214ff):

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+TA+20121026+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20121026+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

Protokoll der Aussprache im Plenum (25.10.2012):

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//TEXT+CRE+20121025+ITEM-017+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20121025+ITEM-017+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

EU-AUSSCHUSS FÜR KLIMAWANDEL BESCHLIESST VERBINDLICHE EMISSIONSGRENZEN AUCH FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

Der EU-Ausschuss für Klimawandel – eine Gruppe bestehend aus nationalen Experten und Mitgliedern der Kommission – einigte sich am 17.10.2012 auf verbindliche jährliche Treibhausgasemissionsgrenzen für Sektoren, die nicht Teil des Emissionshandelssystems (ETS) der EU sind. Dies betrifft z. B. die Landwirtschaft, das Bau- und Transportgewerbe (außer Flugverkehr) und die Abfallindustrie. Die Forstwirtschaft hingegen fällt nicht darunter. Der vorgelegte Beschlussentwurf, der nun vom Rat und dem EP geprüft wird, setzt die Verpflichtungen, die aus der sogenannten Entscheidung zur Lastenverteilung aus



dem Jahr 2009 resultieren, in jährliche Emissionsgrenzen pro Land für die Jahre 2013 bis 2020 um. Die Grenzen, die nach dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf des jeweiligen Landes bestimmt werden, werden als prozentuale Veränderung zum Basisjahr 2005 angegeben und dienen dem Erreichen des EU-Zieles, die Emissionen in den nicht-ETS Sektoren bis 2020 um 10% zu reduzieren.

Originalbericht der Kommission:

http://ec.europa.eu/clima/news/articles/news_2012101702_en.htm

Beschlussentwurf (mit Zahlen):

http://ec.europa.eu/clima/policies/effort/framework/docs/draft_decision_aeas_esd_en.pdf

Entscheidung zur Lastenverteilung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:140:0136:01:DE:HTML>

AUSFUHRERSTATTUNGEN FÜR GEFLÜGELFLEISCH UM EIN DRITTEL GEKÜRZT

Der Verwaltungsausschuss für die gemeinsame Marktorganisation (GMO) beschloss am 18.10.2012 angesichts der günstigen Marktlage die Ausfuhrerstattungen für Geflügelfleisch um ein Drittel zu kürzen. Der aktuelle EU-Durchschnittspreis für Masthähnchen liegt mit 199€/100kg fast 10% über dem 5-Jahres-Mittel. Daher wurden die Erstattungen für tiefgefrorene ganze Hühner um 10,80€/100kg (65%-70%) gekürzt. Geflügelausfuhrerstattungen, die nur für Exporte in GUS-Staaten und den Mittleren Osten (darunter Kuwait, Oman und Irak) gezahlt werden, wurden von 32,50€/100kg auf 21,70€/100kg reduziert. Bereits letzten Monat hatte der Ausschuss die Ausfuhrerstattungen für Rindfleisch auf null gesetzt.

Durchführungsverordnung:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2012:288:0006:0008:EN:PDF>

KOMMISSION: VORSCHLAG FÜR NEUEN EUROPÄISCHEN HILFSFONDS GEGEN ARMUT VORGESTELLT

Die Kommission hat am 24.10.2012 vorgeschlagen, einen Fonds einzurichten,



um die am stärksten von Armut betroffenen Menschen in der EU zu unterstützen. Aus dem Fonds würden Programme der Mitgliedstaaten gefördert, über die Nahrungsmittel und Kleidung an die ärmsten Menschen sowie andere Alltagsgüter an obdachlose Menschen und unter materieller Armut leidende Kinder abgeben werden. Der Vorschlag werde nun an das EP und den Rat zur Verabschiedung weitergeleitet. Der vorgeschlagene Europäische Hilfsfonds würde das Nahrungsmittelhilfeprogramm, das Ende 2013 eingestellt werde (EB 18/12), ersetzen und darüber hinausgehen, teilte die Kommission mit (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

Pressemitteilung:

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1141_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2013: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMAS

Die Kommission hat am 23.10.2012 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2013 vorgestellt. Die Vorhaben lehnen sich an die bereits von Kommissionpräsident *José Manuel Barroso* gegenüber dem EP im September 2012 skizzierte Planung an (EB 16/12). Zentrales Leitmotiv bleibt die Bewältigung der Wirtschaftskrise und das Ziel, die EU „wieder auf einen von Nachhaltigkeit geprägten Wachstumspfad zurückzuführen“. Die Kommission betont in diesem Zusammenhang u. a. die Notwendigkeit, neue Qualifikationen herauszubilden, um diejenigen einzubeziehen, die heute vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen seien. Gezielte Investitionen könnten entscheidend zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Betont wird zudem die soziale Marktwirtschaft als „eine der größten Trumpfkarten Europas“, mit der Wachstum mit Integration verbunden werden könne.

http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_en.htm

EUROPÄISCHER RAT AM 18./19.10.2012 IN BRÜSSEL: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMAS

Der Europäische Rat (ER) hat neben Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion die Umsetzung des Paktes für Wachstum und Beschäftigung (EB 13/12) geprüft. In ihren Schlussfolgerungen drückten die Staats- und Regierungschefs



ihre Entschlossenheit aus, Wachstum und Beschäftigung im Rahmen der Strategie Europa 2020 zu fördern. Zwar seien bereits bedeutende Fortschritte erzielt worden, jedoch mahnt der ER größere Anstrengungen in bestimmten Bereichen an, u. a. zur Vertiefung des Binnenmarkts, zur Schaffung eines geeigneten Regelungsrahmens für Wachstum, zur Umsetzung der Strategie Europa 2020 und zur Förderung von Beschäftigung und sozialer Inklusion.

<http://www.european-council.europa.eu/home-page/highlights/economic-and-monetary-union-and-growth-and-jobs-on-the-summit-table?lang=de>

PLENARSITZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS AM 22./23.10.2012 IN STRASSBURG: HILFSMITTEL AUS GLOBALISIERUNGSFONDS

Das EP hat am 23.10.2012 der Vergabe von Hilfsmitteln aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) zugestimmt. Die Hilfen sollen rund 8000 ehemaligen Beschäftigten in sieben Mitgliedstaaten zu Gute kommen, die ihre Arbeitsplätze in den vergangenen Jahren aufgrund der weltweiten Krise verloren haben, teilte das EP mit. Deutschland solle 5,35 Mio. € erhalten, um rund 2100 ehemalige Arbeitnehmer des Druckmaschinenherstellers manroland AG und von dreien seiner Tochtergesellschaften und Zulieferern bei der Arbeitssuche zu unterstützen. Die Beschäftigten seien, so das EP, wegen steigender internationaler Konkurrenz und Veränderungen bei der Nutzung der Drucktechnik entlassen worden (EB 16/12).

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20121019IPR54027/html/EU-Hilfen-f%C3%BCr-Arbeitssuchende-in-Deutschland-und-anderen-L%C3%A4ndern>

KOMMISSION: VORSCHLAG FÜR NEUEN EUROPÄISCHEN HILFSFONDS GEGEN ARMUT VORGESTELLT

Die Kommission hat am 24.10.2012 vorgeschlagen, einen Fonds einzurichten, um die am stärksten von Armut betroffenen Menschen in der EU zu unterstützen. Aus dem Fonds würden, so die Kommission, Programme der Mitgliedstaaten gefördert, über die Nahrungsmittel an die ärmsten Menschen und Kleidung sowie andere Alltagsgüter an obdachlose Menschen und unter materieller Armut leidende Kinder abgegeben werden. Der Vorschlag werde nun an das EP und den Rat zur Verabschiedung weitergeleitet. Kommissionspräsident *Barroso* sagte, es seien neue Solidaritätsmechanismen auf europäischer Ebene



ne erforderlich und ausreichende Ressourcen, um armen Menschen zu helfen, die sich in vielen Fällen in einer „echten sozialen Ausnahmesituation“ befänden.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1141_de.htm

ENTSCHLIESSUNGEN DES EP ZUM MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 BIS 2020

Das EP hat am 23.10.2012 eine EntschlieÙung zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 bis 2020 angenommen. Der Vorschlag der Kommission zum MFR 2014 bis 2020 reiche nicht aus, um die bestehenden politischen Prioritäten im Rahmen der Strategie Europa 2020 zu finanzieren. Vor allem die Mittel für Programme in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, KMU und nachhaltige Infrastrukturen müssen aus Sicht des EP beträchtlich erhöht werden. Die Mittel für die Kohäsionspolitik sollen mindestens in der Höhe, wie sie im Zeitraum 2007 bis 2013 zur Verfügung standen, aufrechterhalten bleiben. Die Agrarmittel sollen mindestens auf dem Niveau des Jahres 2013 liegen. Das EP warnt daher den Rat davor, den von der Kommission vorgeschlagenen Umfang der EU-Ausgaben linear und bereichsübergreifend zu kürzen (s. hierzu auch Beitrag des StMF in diesem EB).

EntschlieÙung des EP zum Finanzrahmen 2014 bis 2020:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0360+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EntschlieÙung des EP zu innovativen Finanzinstrumenten:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2b20121026%2bTOC%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE>

INTERNATIONALES PORTAL FÜR PRODUKTRÜCKRUF ONLINE

In Brüssel wurde am 19.10.2012 im Rahmen der internationalen Woche der Produktsicherheit ein neues internationales Portal eingeweiht, mit dem sich Verbraucher, Unternehmen und Behörden mittels Mausklick weltweit einfach über Produktrückrufe informieren können. Es wird geschätzt, dass die beteiligten Behörden nach entsprechender Prüfung jährlich 3.000 Mitteilungen in das Portal einstellen werden. Ein regelmäßiges Update gewährleistet die Aktualität der Informationen. Suchfunktionen und mehrsprachige Informationen sollen die Handhabung für den Nutzer erleichtern (s. hierzu Beitrag des StMJV in diesem



EB).

Informationen zum Portal:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-791_en.htm

Link zum Portal:

<http://globalrecalls.oecd.org/>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2013: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMUK

Im am 23.10.2012 vorgelegten Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2013 stehen die Bereiche Bildung und Jugend ganz im Zeichen ihres Beitrags für Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. So betreffen die im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ entwickelten Instrumente für eine zunehmend vertiefte wirtschaftspolitische Steuerung im Wege des Europäischen Semesters, deren Fortführung und weitere Entfaltung die Kommission für 2013 ankündigt, auch den Bildungsbereich. Konkrete bildungs- und jugendrelevante Aspekte werden im Arbeitsprogramm fast ausschließlich im Kontext der angestrebten Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit thematisiert.

Arbeitsprogramm der Kommission für das Jahr 2013:

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_de.pdf

Tabellarischer Anhang mit Verzeichnis der geplanten Einzelinitiativen:

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_annex_de.pdf

EUROPÄISCHER RAT AM 18./19.10.2012 IN BRÜSSEL BEKRÄFTIGT SEINE ENTSCLOSSENHEIT ZUR BELEBUNG VON WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

Bei ihrer Tagung am 18./19.10.2012 in Brüssel haben die Staats- und Regierungschefs ihre Entschlossenheit zu entschiedenem und ergebnisorientiertem Handeln im Rahmen der Europa-2020-Strategie bekräftigt und sich für eine vollständige und schnelle Umsetzung des im Juni 2012 beschlossenen Pakts für Wachstum und Beschäftigung (EB 13/12) ausgesprochen, der auch bildungspolitische Aspekte umfasst. So sieht der Europäische Rat (ER) der bevorstehenden Mitteilung der Kommission über Bildung und berufliche Qualifizierung und dem Paket zur Jugendbeschäftigung, einschließlich der Erarbeitung von Initiativen zu Garantieprogrammen für Jugendliche und hochwertigen



Praktika und Ausbildungsverhältnissen sowie der Verbesserung der Mobilität junger Menschen erwartungsvoll entgegen. Bei der Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit komme den Berufsbildungssystemen der Mitgliedstaaten eine besondere Rolle zu. Zudem solle die auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete Umprogrammierung der Strukturfonds gezielt weitergeführt werden. Schließlich erinnerte der Rat an die Notwendigkeit einer entschlossenen Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 2012.

Schlussfolgerungen des ER vom 18./19.10.2012:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/133025.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2013: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMWFK

Initiativen in Forschung und Hochschulbildung im engeren Sinn sind seitens der Kommission für das Jahr 2013 nur wenige geplant, neue Vorschläge im Kulturbereich überhaupt nicht. Der Fokus liegt auch im Geschäftsbereich des StMWFK auf der Stärkung europäischer Innovationskraft im Zusammenhang mit Wachstums- und Beschäftigungszielen der EU. Als forschungspolitischen Schwerpunkt kündigt die Kommission die Lancierung und Entwicklung einer Reihe größerer öffentlich-privater Partnerschaften im Rahmen des künftigen Forschungsrahmenprogramms „Horizont 2020“ an. Die Hochschulbildungspolitik ist eng mit Arbeitsmarktpolitik verbunden: Qualifizierungsmaßnahmen müssen aus Kommissionssicht die Beschäftigungsfähigkeit erhöhen und das Mobilitätspotenzial voll ausschöpfen. Daher sollen innovative Wege gefunden werden, um mehr Menschen zu Bildungsabschlüssen zu verhelfen. Die Hochschulbildung sei nicht in ausreichendem Maße mit Forschungs- und Innovationsstätigkeiten verknüpft, was sowohl eine Folge der fehlenden Internationalisierung sei als auch zu mangelnder Internationalisierung beitrage.

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_annex_de.pdf

EU-BERICHTIGUNGSHAUSHALT FÜR 2012 SICHERT STUDIERENDE UND WISSENSCHAFTLER AB

Die Kommission nahm am 23.10.2012 einen Berichtigungshaushalt für das Jahr 2012 an, um ihren Verpflichtungen gegenüber den Empfängern von EU-



Mitteln nachkommen zu können. Dies sichert u. a. Zahlungen an Erasmus-Studenten und Teilnehmer an Forschungsprojekten des Forschungsrahmenprogramms ab. Für diese beiden Bereiche sind zusätzliche 513 Mio. € zur Begleichung der eingehenden Rechnungen und zur Einhaltung der vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen notwendig. Das Programm Erasmus soll mit zusätzlichen 90 Mio. € ausgestattet werden, um die Zahl der für den europaweiten Studentenaustausch vorgesehenen Studienplätze zu erhalten. Für Forschungsprojekte benötigt die Kommission zusätzliche 423 Mio. €. Ein Teil davon dient dazu, pünktlich zu zahlen und Verzugszinsen zu vermeiden. Ein anderer Teil der zusätzlichen Mittel ist zur Deckung von Vorauszahlungen für Projekte vorgesehen, über die bereits Vereinbarungen unterzeichnet wurden. Die Finanzierungslücke war entstanden, weil der Anstieg der Zahlungsermächtigungen im Ende letzten Jahres verabschiedeten EU-Haushalt 2012 sehr moderat ausgefallen ist. Der Rat hatte sich mit seiner Forderung, die Zahlungsermächtigungen auf rund 129,1 Mrd. € (0,98 % des Bruttonationaleinkommens der EU) zu begrenzen, durchgesetzt. Bereits bei Verabschiedung des EU-Haushalts 2012 war absehbar, dass die Zahlungsermächtigungen für das Jahr 2012 nicht ausreichen würden, um die bestehenden Verpflichtungen vollständig zu bedienen. Der Rat und das EP hatten daher die Kommission bereits mit einer gemeinsamen Erklärung gebeten, zusätzliche Mittel anzufordern, falls die in den Haushalt 2012 zunächst eingesetzten Mittel nicht ausreichen. Dies ist nun erfolgt (s. hierzu Beitrag des StMF in diesem EB).

Links zum Berichtigungshaushalt zum EU-Haushalt 2012:

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/2012/DAB/DAB_6_COM_2012_632_final_en.pdf

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/2012/DAB/DAB_6_COM_2012_632_final_annex_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2013: SCHWERPUNKTE AUS DEM BEREICH DES STMUG

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wirtschaftskrise und in dem Bestreben hierfür vordringlich die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch Maßnahmen für den Binnenmarkt und die Industriepolitik zu stärken, stehen Vorhaben im Umwelt- und Gesundheitsbereich sowie bei der Lebensmittelsicherheit nicht im



Vordergrund des Arbeitsprogramms für das Jahr 2013.

http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_de.htm

TAGUNG DES RATES DER UMWELTMINISTER AM 25.10.2012 IN LUXEMBURG

Am 25.10.2012 trafen sich die europäischen Umweltminister zum Ministerrat in Luxemburg. Im Zentrum der Diskussionen standen u. a. die politische Positionierung der EU bei der nächsten internationalen Klimaschutzkonferenz der Vereinten Nationen (COP 18; 26.11. - 07.12.2012 in Doha, Katar) und die Folgen der letzten Nachhaltigkeitskonferenz Rio+20. Im Ergebnis wurden zu beiden Punkten Entschlüsse angenommen.

Schlussfolgerungen zu COP 18 in Doha:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/133227.pdf

Schlussfolgerungen zu Rio+20:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/133219.pdf

Ergebnisse des Umweltrates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/133229.pdf

ERGEBNISSE DES AGRARRATS AM 22./23.10.2012 IN LUXEMBURG

Der Rat für Landwirtschaft und Fischerei tagte am 22./23.10.2012 in Luxemburg. Die Minister diskutierten u. a. die verschiedenen Aspekte der GAP-Reform, wie z. B. den von der Kommission vorgeschlagene Weg zu national oder regional einheitlichen flächenbasierten Direktzahlungen (s. hierzu den Beitrag des StMELF in diesem EB). Besorgt äußerten sich die EU-Agrarminister über die im Juli in den UN-Nahrungsmittelstandard Codex Alimentarius aufgenommenen maximalen Rückstandsgrenzwert für das Wachstumshormon Ractopamin in Rind- und Schweinefleisch.

Pressemitteilung des Rates:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/133133.pdf

Schlussfolgerungen zur Ractopamin-Problematik:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/agricult/133115.pdf



EP-PLENUM VOM 25. - 26.10.2012 IN STRASSBURG – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG

Auf der Tagung vom 25. - 26.10.2012 in Straßburg hat das Plenum des Europäischen Parlamentes (EP) u. a. eine Aussprache zur Donaustrategie geführt. Vizepräsident *Maroš Šefčovič* stellte dem EP-Plenum den Stand der Umsetzung der Donaustrategie vor, die mit ihren verschiedenen Projekten, 14 Länder, davon acht Mitgliedstaaten, und über 100 Millionen Menschen betrifft (s. hierzu auch den gesonderten Beitrag in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20121025+ITEM-022+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

TONIO BORG SOLL NACHFOLGE VON KOMMISSAR DALLI ANTRETEN

Die maltesische Regierung hat ihren Außenminister *Tonio Borg* für die Nachfolge des am 16.10.2012 zurückgetretenen Kommissars *John Dalli* nominiert. Am 09.11.2012 wird sich Borg der Anhörung im EP stellen. Sofern dabei keine Einwände geäußert werden, soll dann am 19.11.2012 das Plenum über die Kandidatur von *Borg* abstimmen.

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG ZUR ÄNDERUNG DER UVP-RICHTLINIE VOR

Die Kommission hat am 26.10.2012 einen Vorschlag zur Überarbeitung der sog. UVP-Richtlinie (Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten, zuletzt geändert durch die RL 2011/92/EU vom 13.12.2011) vorgelegt. Die Richtlinie schreibt für Projekte, die die Umwelt voraussichtlich stark beeinträchtigen werden (Kraftwerke, Straßen, Abfallbeseitigungsanlagen etc.) vor, dass die etwaigen (bau- oder betriebsbedingten) Umweltauswirkungen ermittelt und bewertet werden, bevor die Durchführung des Projekts genehmigt wird. Die Projektträger können dann ihre Projekte anpassen, um negative Umweltauswirkungen schon im Vorfeld zu minimieren, bzw. die zuständigen Behörden können in die Projektgenehmigung Maßnahmen einbeziehen, um Umweltauswirkungen zu vermeiden, zu reduzieren oder zu kompensieren (s. hierzu auch den Bericht des StMI in diesem EB).

http://ec.europa.eu/environment/eia/pdf/com_628/1_DE_ACT_part1_v3.pdf



RIO+20 – KONSULTATION ZUR FÖRDERUNG NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Am 16.10.2012 hat die Generaldirektion Umwelt eine Konsultation zu den Ergebnissen des Weltgipfels Rio+20 der Vereinten Nationen zur nachhaltigen Entwicklung gestartet. Bis zum 15.01.2013 sind alle interessierten Kreise aufgerufen, Ideen und Vorschläge für spezifische Maßnahmen (z. B. Förderung einer integrativen grünen Landwirtschaft, Finanzierungsstrategien, nachhaltige Energie, Armutsbekämpfung) einzureichen. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in eine Mitteilung zu Folgemaßnahmen zu Rio+20 im ersten Quartal 2013 einfließen.

http://ec.europa.eu/environment/consultations/resource_en.htm

LISA TAUCHT AB! – ONLINE-ANWENDUNG FÜR KINDER ZUM WASSERSCHUTZ

Am 25.10.2012 hat die Generaldirektion Umwelt eine interaktive digitale Geschichte als Online-Anwendung für Kinder zum Schutz unserer Wasserressourcen bzw. zum sparsamen Umgang mit Wasser gestartet. „Lisa taucht ab!“ ist kostenlos auch als App für Smartphones und Tablets verfügbar. Für projektbezogene Aktivitäten im Unterricht sind spezielle Handreichungen für die Online-Version erhältlich.

Online-Version:

http://ec.europa.eu/environment/pubs/children/zoe/index_de.htm

Apple Store:

<http://itunes.apple.com/lu/app/zoe-makes-a-splash!/id542684376?mt=8&uo=4>

Google Play:

<https://play.google.com/store/apps/details?id=com.inuistudio.zoemakesasplash>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION FÜR 2013: SCHWERPUNKTE FÜR DEN BEREICH DER KOMMUNIKATIONS- UND MEDIENPOLITIK

Das Arbeitsprogramm der Kommission sieht im Bereich Audiovisuelles/Medienpolitik Folgendes vor:

- Im Rahmen der Ziele der europäischen Binnenmarktakte II soll ein Rechtsrahmen geschaffen werden, welcher eine verbraucherfreundliche und zeitgemäße Regelung von Fragen des geistigen Eigentums insbesondere im



Hinblick auf aktuelle digitale Entwicklungen ermöglicht.

Im Bereich IuK umfasst das Arbeitsprogramm folgende Schwerpunkte:

- Die Kommission plant eine Initiative zur Verringerung der Kosten für die Errichtung von Breitband-Infrastrukturen, um Investitionsanreize zu schaffen. Im ersten Quartal 2013 soll hierzu eine Verordnung erlassen werden, in der u. a. die Rechte und Pflichten von Telekommunikationsanbietern und anderen Diensten beschrieben werden.
- In einer Mitteilung möchte die Kommission einen „Aktionsplan für Drahtloskommunikation für ein verbundenes Europa“ herausgeben. Mit dem Aktionsplan wird das Ziel verfolgt, den Ausbau drahtloser Breitbandnetze zu beschleunigen, die gemeinsame Nutzung von Funkfrequenzen und die weltweite Frequenzharmonisierung zu fördern sowie wissenschaftliche Erkenntnisse der EU auf dem Gebiet der Drahtloskommunikation zu nutzen.

Das Arbeitsprogramm der Kommission ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_de.pdf

Anlage zum Arbeitsprogramm:

http://ec.europa.eu/atwork/pdf/cwp2013_annex_de.pdf Verordnungsvorschlag der Kommission vom 23.11.11

KOMMISSION BEANTRAGT STRAFGELD GEGEN BELGIEN BEIM EUGH WEGEN INTRANSPARENTER RUNDFUNK-ÜBERTRAGUNGSPFLICHTEN

Die Kommission hat beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) ein Strafgeld gegenüber Belgien wegen eines Verstoßes gegen die Universaldienstrichtlinie beantragt. Bei dem Vorwurf geht es darum, dass der belgische Staat trotz eines entsprechenden EuGH-Urteils vom 03.03.2011 noch immer keine transparente Regelung für Übertragungspflichten von Kabelnetzbetreibern und Telekommunikationsdienstleistern erlassen habe. Belgien solle daher zu Zahlungen in Höhe von 5.397,00 € pro Tag für den Zeitraum vom ersten Urteil im März 2011 bis zum nun angestrebten zweiten Gerichtsurteil verpflichtet werden. Danach sollen für jeden weiteren Verzugstag ein Tagessatz von 31.251,20 € täglich berechnet werden.

Urteil des EuGH vom 03.03.2011:

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=84220&pageI ndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=1101694>

Eine Übersicht über alle Vertragsverletzungsbeschlüsse im Oktober 2012 ist



abrufbar unter:

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-12-794_de.htm

DATENSCHUTZAUF SICHTSBEHÖRDEN GEHEN GEGEN GOOGLE VOR

Die Datenschutzaufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten haben in einem gemeinsamen Schreiben vom 16.10.2012 das US-Internetunternehmen Google für die am 01.03.2012 vorgenommene Änderung der Datenschutz- und Nutzungsbestimmungen gerügt. Die Datenschutzaufsichtsbehörden sind der Ansicht, dass das Unternehmen sich mit diesem Vorgehen selbst ermächtigt, riesige Mengen personenbezogener Daten zu speichern, ohne jedoch belegen zu können, dass diese Sammlung den Zwecken, zu denen sie vorgenommen wird, angemessen ist (s. Beitrag des StMI in diesem EB).